

Bericht über die Arbeit des CEMR
vor dem Kreistags-Ausschuss Planung und Verkehr am 03. 06. 2013, in Unna

Als SPD-Ratsmitglied des Stadtrates in Werne wurde ich als Delegierter zum Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) gewählt, und meldete mich zur Mitarbeit im Deutsch-Französischen Ausschuss, und nahm an verschiedenen Konferenzen teil, zuletzt an der Initiativkonferenz des CEMR zu Fragen der Europäischen Integration und Verschiedenheit (leider, aus finanziellen Gründen, nicht an allen). Mir waren Austausch und Integration schon immer wichtig. Auf die Anfrage des internationalen CEMR, ob ich auch dort mitarbeiten würde und bei welchen Themen, engagierte ich mich eben für diese Fragen der europäischen Integration. Wie notwendig die internationale Arbeit ist, wird uns immer wieder deutlich.

Daher haben mich heute Morgen zwei widersprechende Artikel der lokalen Presse sehr erstaunt, zum einen die Meldung, dass in Herringen der Spatenstich für eine Moschee erfolgte, unter der Überschrift „Zeichen für Toleranz und Offenheit“ und zweitens, nur ein paar Kilometer weiter, in Uentrup, verweigert NRW einer der ältesten Religionen der Welt, den Hindus, den Status als Religionsgemeinschaft.

Bevor man diese Meldungen einer Wertung unterziehen kann, möchte ich etwas zu der Arbeit des CEMR (Council of European Municipalities and Regions)/CCRE (Conseil des Communes et Régions d'Europe) sagen. Die Kürzel wurden zu dem Zeitpunkt entwickelt (2012), als sich abzeichnete, lokal würden die Kommunen nicht mehr effektiv sein, man musste ihren Wirkungskreis international erweitern.

Die ersten drei Fragen des ideellen Gesamtwestfalen zu einem politischen Thema seien, so bemerkte letztthin der Hauptredner der 3. Kulturkonferenz Westfalen, „Muss ich?“, „Was kostet das?“ und, „Was krieg ich dafür?“

Diese Fragen sind natürlich aus deutscher Sicht besonders humorvoll. Dahinter wird eine gewisse deutsche Unkenntnis europäischer Zusammenhänge deutlich. Denn gerade auf deutsche Einwirkung hin wurde das Subsidiaritätsprinzip, die Festlegung kommunaler und regionaler Mitsprache, in die europäischen Verträge, zuletzt in den Lissabon-Verträgen (unserem EU-Verfassungersatz) aufgenommen.

Nun kann man Europa für eine Fata Morgana halten, doch sicher ist, dadurch, dass man die Augen verschließt, geht es nicht vorbei.

Der CEMR, ich bleibe bei dem englischen Kürzel, macht es sich zur Aufgabe ein vereinigtes Europa zu schaffen, und zwar auf der Basis lokaler, regionaler und autonomer Regierung und Demokratie. Er fördert die Beiträge dieser Gremien und wirkt damit ein, auf die Gesetzgebung und die Politik. Besonders wichtig erscheint der lokale und regionale Austausch von Erfahrungen europaweit, ebenso der Bezug zu anderen Teilen der Welt. Der CEMR engagiert sich in der Regionalpolitik, Verkehr, Umwelt, Gleichstellung und Governance (Regierungsführung, Lenkungsführung). Heruntergebrochen werden diese Themen bis auf die Wirtschaftsansiedlung, Finanzen, Arbeitslosigkeit, Bildung, die alten B+B, Gleichberechtigung, Arbeitslosigkeit, den drohenden demographischen Absturz ganzer Regionen und natürlich Integration.

Dazu wirkt der CEMR auf die EU-Gesetzgebung ein, damit die Interessen und Angelegenheiten der lokalen und regionalen Verwaltungen (authorities) schon von Beginn des Gesetzgebungsprozesses an, gehört werden.

Der CEMR organisiert durch lokale Gremien Seminare und Konferenzen zu den oben genannten und weiteren Themenbereichen. Große Hilfe sind dabei die 26,000 Partnerschaftsprojekte, die Städte in ganz Europa verbinden. Unsere Partner in Europa haben sich dazu schon gut aufgestellt.

Dr. Koppelberg, Vertreter der Europäischen Kommission in Bonn sagt dazu: „Europa beginnt vor Ort bei den B´B, die Kommune muss mit der EU umgehen können.“

In den Letzten sechs bis acht Jahren beobachtet man eine verstärkte Umorientierung auf diesem Gebiet. Nachdem man in den ersten beiden Nachkriegsgenerationen mit Partnerschaft und Austausch zufrieden war, bei den nächsten Generationen etwas Ratlosigkeit herrschte, was man denn mit ausländischen Partnern anfangen sollte (Sprachenproblem, Fremdsprachen), beginnt man nun Interkommunale Arbeit international zu betreiben.

Nach dem Kriege haben sich zwei Generationen über den Gedanken des Austauschs um den Frieden bemüht, für die dritte Generation war Partnerschaft dann schon eine Traditionspflege. Erst **wir** erkennen langsam, die **Notwendigkeit und den wahren Mehrwert einer wirklich engeren politischen und administrativen europäischen Zusammenarbeit der Kommunen und Regionen**.

Man kann die frühe Partnerschaftsbewegung mit einem Bumerang vergleichen.

Wir haben ihn/sie vor Jahrzehnten losgeworfen, als wir **noch glaubten, es handle sich bei europäischer Integration nur um eine Art emotionalen Tourismus**.

[Inzwischen ist aus der Integration quasi eine Selbstverständlichkeit geworden.]

Im Moment erleben wir, wie der Gedanke der **Partnerschaft** als genau diese **Integration, politisch, administrativ, europäisch**, für manche überraschend, wieder in unseren Kommunen einschlägt. Krachend könnte man sagen, **weil** in den Städten und Gemeinden die massiven Auswirkungen, die Europa, Globalisierung und Integration haben, zumeist noch nicht wirklich in ein **kommunales Konzept** überführt wurden. Auch die Kommunen müssen sich den Konsequenzen stellen, mit denen globalisierende Forderungen auf sie zukommen und von ihnen bewältigt werden müssen. Das sind Themen wie die Verankerung des Themas Europa und die Europafähigkeit der Verwaltungen, Information und Kommunikation, sowie Fördermittelakquise.

Ich möchte jetzt einmal schildern, wie diese erste Koordinationskonferenz über „Integration und Verschiedenheit“ ablief, an der ich (Ende Februar 2013) in Paris teilnahm. Ich wurde eingeladen bei dieser Konferenz den Vorsitz einer Diskussionsrunde zu übernehmen.

Die Gruppe bestand aus vierzehn Mitgliedern, die alle einen Teil des Themas repräsentierten. Unter ihnen war die stellvertretende Bürgermeisterin von Paris, als Gastgeberin, die schwedische und die norwegische Vertreterin der Kommunen und Regionen für Integration, der niederländische Präsident des EURONOMAD Netzwerkes, ein Ratsmitglied der Stadt Nantes zuständig für die Integration von Migranten, der Direktor des französischen Immigrationszentrums, die italienische Sprecherin für Innere Politik der Europäischen Kommission, die türkischstämmige Vertreterin der Stuttgarter Integrationsstelle CLIP, eine Tschechische Ratsvertreterin und andere.

Themen die angesprochen wurden waren:

1 Non-EU immigrants: what participation in community Life?

2 The European Union and the local and regional authorities: what cooperation in the field of the Integration of migrants?

3 Migration policies in the European Union: do local and regional authorities have a say?

Das wurde heruntergebrochen auf ein Konglomerat von Themen wie:
Forderung nach rationalerer Debatte der Migration; Formen des Umgangs mit Migranten;
Formen der Migration: nicht-EU-Migranten vs. intra-EU Mobilität; die Kommune als
entscheidender Integrationsfaktor; Bereicherung der Gesellschaft durch Zuwanderung;
Sprachkenntnisse als Vorbedingung, die teilweise mit Sozialleistungen verknüpft sind;
Teilnahme an Kommunalwahlen; Fragen von Bürgerschaft, Aufenthalt und Nationalität;
Kultur der Zukunft und Integration; Beschäftigung für Migranten als entscheidender Faktor
der Integration; Unterbringung; Sammlung der "best practices" im Internet; Hilfen, die CLIP
(Cities for Local Integration Policies) anbieten kann.

Einen Impuls an deutsche Kommunen gab es schon auf der Konferenz „Europa in der
Kommunalpolitik“ (Dortmund, 10.11.12.)
Dort wurde von der Ministerin Schwall-Düren festgestellt: „Nahezu alle kommunalen
Aktivitäten wie die Nutzung von Strukturfondsprogrammen, aber auch die Umsetzung von
Beihilferichtlinien oder kommunale Dienstleistungen, haben heute eine ausgeprägt
europäische Dimension. Für Bürgerinnen und Bürger ist es außerordentlich wichtig, dass es
ihrer Kommune gelingt, das Potenzial und den Gewinn, den Europa jedem Einzelnen bietet,
auch in der eigenen Stadt, im eigenen Kreis nutzbar zu machen.“

Kommen wir zum Schluss auf die Zeitungsmeldung vom Anfang zurück. Integrationspolitik
scheint sich noch in einer zwiegespaltenen Sphäre unseres bürgerlichen Bewusstseins
aufzuhalten.

Es wäre sicher gut, wenn wir uns hin und wieder an das englische Sprichwort erinnern
würden:

„Wir brauchen alle Menschen, um eine Welt daraus zu machen.“

Oder an die Erkenntnis:

Demokratie ist kein Zuschauersport!

Aber das wissen Sie alle!

Danke für ihre Aufmerksamkeit.